



Für die Heimat

Artur Auernhammer



CSU

Mehr unter 03/2019
artur-auernhammer.de



Eine starke CSU in einer starken Koalition

170 Seiten oder 140 konkrete Einzelvorhaben umfasst der Koalitionsvertrag, der am 12. März letzten Jahres von den Spitzen von CSU, CDU und SPD unterschrieben wurde. Vieles davon wurde bereits in Angriff genommen und umgesetzt.

Die CSU hat geliefert



So wurde im Juni letzten Jahres das Baukindergeld beschlossen, welches rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft trat. Pro Kind und Jahr erhalten Eltern zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigt. Familien wird die Eigentumsbildung dadurch erheblich erleichtert. Wir haben zudem das Mietrecht und die Grundgesetz-Regelung zum sozialen

Wohnungsbau geändert, um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir erhöhen ab dem 1. Juli 2019 das Kindergeld um 10 Euro sowie seit dem 1. Januar 2019 den Kinderfreibetrag um 192 Euro. Wir heben den steuerlichen Grundfreibetrag an und bauen die kalte Progression ab. Dieses Paket entlastet die Steuerzahler und dabei insbesondere Familien bis 2022 um insgesamt mindestens 35 Milliarden Euro. Auch die Einführung der Parität bei der gesetzlichen Krankenversicherung bringt Entlastung für die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner. Wir haben zudem ein großes Rentenpaket geschnürt mit der Mütterrente II, einem Herzensanliegen der CSU im Bundestag. Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten seit 1. März einen halben Rentenpunkt mehr.

Neue Dynamik bei der Sicherheit

Mit insgesamt über 160 Millionen Euro bis 2022 unterstützen wir die Beschaffung neuer Einsatzfahrzeuge bei Feuerwehr und Rettungsdiensten.

[Weiter auf Seite 2](#)



Besuch in Treuchtlingen

[Bericht auf Seite 9](#)

Baukindergeld kommt gut im Wahlkreis an



5,4 Mio für 254 Familien im Wahlkreis

[Mehr dazu auf Seite 7](#)



Ein Jahr Große Koalition- die CSU hat geliefert:

Mit dem Pakt für den Rechtsstaat haben wir unsere Justiz- und Sicherheitsbehörden gestärkt, indem wir 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen haben. In den Bundeshaushalten 2018 und 2019 haben wir zudem bereits 4.000 Stellen für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt beschlossen. Auch haben wir den Migrationsdruck auf unser Land nachhaltig verringert. So haben wir dafür gesorgt, dass im Koalitionsvertrag der Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz auf maximal 1.000 Personen pro Jahr beschränkt ist. Auch wurden in Bayern bereits die ersten sieben von der CSU in den Koalitionsverhandlungen vehement geforderten AnKER-Zentren errichtet. In einem AnKER-Zentrum arbeiten verschiedene Behörden zusammen, wie z.B. das Jugendamt oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Menschen mit positiven Aussichten auf einen Asylstatus werden rasch auf die Kommunen verteilt, die übrigen Personen verbleiben im AnKER-Zentrum bis zur Abschiebung oder freiwilligen Rückkehr.

Die CSU hält die Koalition auf Kurs

Das erste Jahr der Großen Koalition trägt eine starke christsoziale Handschrift. Auch aktuell zeigt sich der Stellenwert der CSU im Bundestag in der Koalition mit den Sozialdemokraten. In den vergangenen Wochen vollführte die SPD einen scharfen inhaltlichen Linksschwenk weit jenseits der Koalitionsvereinbarung. So fordern die Genossen aktuell unter anderem die milliardenschwere Grundrente ohne Bedarfsprüfung und eine Abkehr von Hartz IV und dem Prinzip „Fordern und Fördern“ hin zur überholten Sozialhilfe. Angesichts dieser Gemengelage kritisierte der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, zu Recht die SPD. Diese arbeite sich „verdächtig nah an die Linkspartei“ heran. „Das ist mehr als ein Linksruck, da ist eine Flucht nach links zu spüren“, analysierte er. So sei der Vorstoß für eine Grundrente ohne Bedarfsprüfung eine gezielte Provokation zur Herbeiführung eines Rentenstreits. Derartigen Vorstößen wird die CSU im Bundestag auch weiterhin Einhalt gebieten.

Die Weichen für die Zukunft stellen



Im zweiten Jahr der Großen Koalition kommt es jetzt darauf an, dass wir uns stärker den Zukunftsthemen zuwenden: Wir müssen zusammen mit Andreas Scheuer (CSU), Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Mobilfunkausbau weiter vorantreiben und für schnelles Internet sorgen. Die kürzlich verhandelte Grundgesetzänderung zur Digitalisierung der Schulen und

die damit verbundenen Finanzhilfen für die Länder müssen nun bei den Lehrern und Schülern auch ankommen. Wir wollen unsere Umwelt schützen, aber mit Augenmaß und ohne staatliche Regulierungswut. Vor allem wollen wir unser Land wirtschaftlich auf Erfolgskurs halten. Alexander Dobrindt hat angesichts der schwächer werdenden Konjunktur einen Haushalt gefordert, der die

Wirtschaft ankurbelt. Deutschland brauche „Wachstumsimpulse und weniger Sozialstaatsdebatten“, sagte er an die Adresse des SPD-Finanzministers. Es gelte, die Bereiche Infrastruktur, Investitionen und Innovationen zu stärken. Steuererhöhungen werde es mit der CSU nicht geben, auch der ausgeglichene Haushalt stehe nicht zur Disposition.

Ein Jahr Regierungsarbeit *und so einiges geschafft*

Familien



Kindergeld und Kinderzuschlag erhöht, Baukindergeld eingeführt, 5,5 Mrd. € für bessere Kitas, mehr Erziehungskräfte und weniger Gebühren

Arbeitnehmerrechte



Brückenteilzeit eingeführt, Beitragsentlastung in Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Mindestlohn erhöht, BAföG für mehr junge Menschen

Arbeitslose



Individuelle Beratung, bessere Chancen für Langzeitarbeitslose

Rentenpaket



Stabiles Rentenniveau bei 48%, Verbesserungen bei der Mütter- und der Erwerbsminderungsrente

Soziales Bauen und Wohnen



5 Mrd. € für 100.000 zusätzliche Sozialwohnungen bis 2021, Mietpreisbremse verschärft

Sofortprogramm Pflege



13.000 zusätzliche Stellen, bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte

Strategie zur Digitalisierung



Vom Digitalpakt Schule bis zur Umsetzungsstrategie „Digitale Agenda“

Forschung und Technik



Künstliche Intelligenz fördern, Forschungsergebnisse schneller in die Praxis übertragen

Verbraucherrechte



Rechte gegenüber Unternehmen leichter durchsetzbar durch die Musterfeststellungsklage

Gleichstellung



Die Geschlechterangaben „männlich“ und „weiblich“ im Geburtenregister um „divers“ ergänzt



Ausreichend bezahlbarer Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit

Daher investieren wir in den Wohnungsbau. Wir haben hierzu zahlreiche Maßnahmen eingeleitet, unsere Programme greifen: Die Bauwirtschaft läuft auf Hochtouren. Für die Wohnraumoffensive mit 1,5 Millionen neuen Wohnungen haben sich Bund, Länder und Kommunen auf dem Wohngipfel im September 2018 darauf verständigt, investive Impulse für den Wohnungsbau zu setzen, die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern, Baukosten zu senken und die Fachkräftesicherung voranzutreiben.

Die Bundesregierung stellt in dieser Legislaturperiode allein für den sozialen Wohnungsbau, das Baukindergeld, das Wohngeld und die Städtebauförderung mehr als 13 Milliarden Euro zur Verfügung.



Bilanz des Bundesinnenministers:



Seit einem Jahr leitet Horst Seehofer das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI). Einige wichtige Themen haben wir für Sie zusammengefasst.

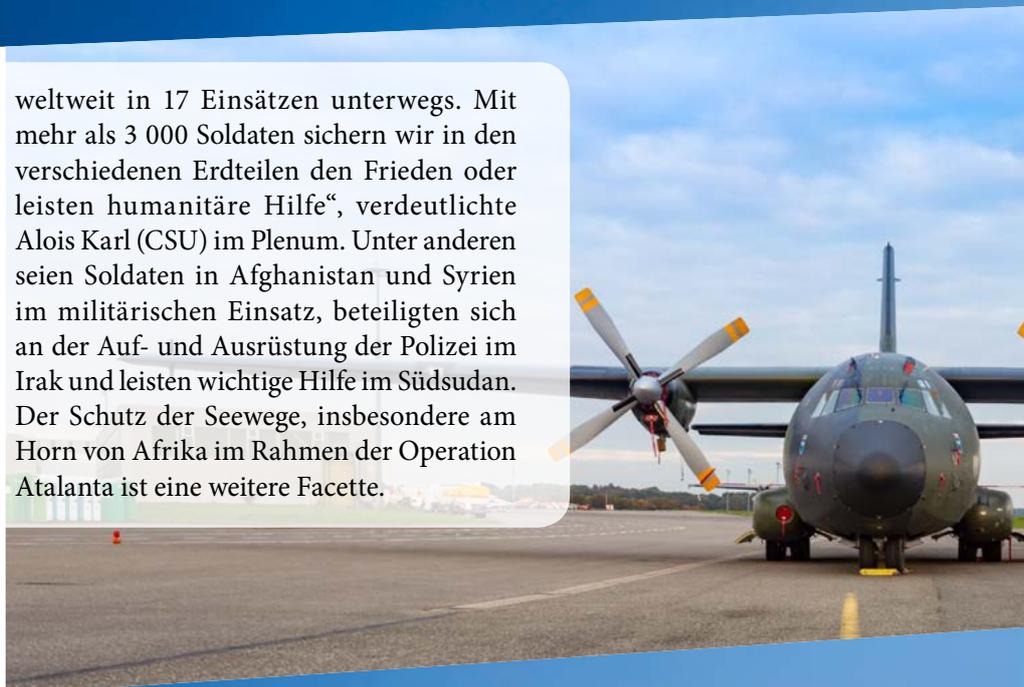
Die Kriminalitätsbelastung in Deutschland ist anhaltend rückläufig. Im Bereich des islamistischen Terrorismus konnten auch im vergangenen Jahr erneut Anschlagsvorbereitungen vereitelt werden. 2018 waren die Asylzugangszahlen weiter rückläufig: In diesem Zeitraum wurden 161.931 Erstanträge gestellt (gegenüber dem Vorjahreszeitraum ein Rückgang von 36.386 Erstanträgen [minus 18,5 Prozent]). Asylverfahren sind zuverlässiger und schneller geworden. Die Dauer von Neuverfahren liegt konstant bei drei Monaten. Ein großer Erfolg!

Der Masterplan Migration, der im letzten Jahr vorgelegt wurde, ist der ordnungspolitische Rahmen für alle grundlegenden Fragen der Migration. Ein solches umfassendes Maßnahmenpaket zum Migrationsgeschehen hatte es bis zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gegeben. Mit dem Masterplan werden Ordnung, Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung Schritt für Schritt realisiert. Die Ziele erfahren große Unterstützung. Nahezu alle 63 Maßnahmen sind bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung. Daneben wurden für das Jahr 2019 die Mittel für die Sportförderung des Bundes erhöht. Insgesamt stehen für dieses Jahr 235 Millionen Euro für die Sportförderung des Bundes zur Verfügung.

Weltweit 17 Einsätze mit mehr als 3000 Soldaten

Vier Bundeswehrmandate wurden in der vergangenen Sitzungswoche im Bundestag verlängert. Seit 18 Jahren ist Deutschland in Afghanistan im Einsatz. Obwohl sich die Situation im Land verbessert hat, wäre ein Abzug der Bundeswehr ein falsches Zeichen. Auch im Mittelmeer und in Afrika leisten deutsche Soldaten ihren Beitrag in verschiedenen Missionen. Der Bundestag hat am Donnerstag über die Verlängerung von vier Bundeswehrmandaten in Afghanistan, Darfur, dem Südsudan und im Mittelmeer entschieden. Die CSU im Bundestag unterstützt alle genannten Mandate. „Unsere Bundeswehr ist

weltweit in 17 Einsätzen unterwegs. Mit mehr als 3 000 Soldaten sichern wir in den verschiedenen Erdteilen den Frieden oder leisten humanitäre Hilfe“, verdeutlichte Alois Karl (CSU) im Plenum. Unter anderen seien Soldaten in Afghanistan und Syrien im militärischen Einsatz, beteiligten sich an der Auf- und Ausrüstung der Polizei im Irak und leisten wichtige Hilfe im Südsudan. Der Schutz der Seewege, insbesondere am Horn von Afrika im Rahmen der Operation Atalanta ist eine weitere Facette.





Schnellere Arzttermine und eine bessere ärztliche Versorgung

Kürzere Wartezeiten auf einen Arzttermin, mehr Leistungen für Versicherte in der gesetzlichen Krankenversicherung und eine bessere, flächendeckende Gesundheitsversorgung im ländlichen und strukturschwachen Raum – dafür haben wir uns stark gemacht und setzen diese Forderungen mit dem verabschiedeten Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) um. Besonders ein besserer Zugang zur medizinischen Versorgung für GKV-Versicherte ist uns ein wichtiges Anliegen. Damit reagieren wir auf den verständlichen Ärger der Bürger über zu lange Wartezeiten auf einen Termin beim Arzt und entlasten gleichzeitig unsere Notfallambulanzen in den Kliniken.

Terminservicestellen werden dafür ausgebaut

Mit dem Gesetz wird die Unterstützung der Patientinnen und Patienten bei der Arztsuche verbessert. Die bereits heute existierenden Terminservicestellen werden dafür ausgebaut. Diese werden künftig unter der bundesweit einheitlichen Rufnummer 116117 täglich 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche erreichbar sein. In Akutfällen wird Patientinnen und Patienten über diese Terminservicestellen direkt ein Termin vermittelt – entweder in einer normalen Arztpraxis, in einer Portal- oder Bereitschaftsdienstpraxis oder in einer Notfallambulanz. Zudem vermitteln diese Stellen künftig nicht nur Termine bei Fachärzten und Hausärzten, sondern unterstützen Versicherte auch bei der Suche nach einem Haus- oder Kinderarzt, der die Patientinnen und Patienten dauerhaft versorgt.



Längere Sprechzeiten für gesetzlich Versicherte

Vertragsärzte sollen für die Versorgung von gesetzlich Versicherten künftig 25 statt 20 Sprechstunden pro Woche anbieten. Zusätzlich sind Vergütungsanreize für Ärzte für die Aufnahme von neuen Patienten vorgesehen. Zudem sollen regionale Zuschläge und die Aufhebung existierender Zulassungssperren die medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern.

Darüber hinaus sieht das Gesetz die Stärkung der hausarztzentrierten Versorgung, eine Erhöhung des Festzuschusses bei Zahnersatz, einen Anspruch auf Präexpositionsprophylaxe, ein Verbot von Hilfsmittelausschreibungen, die Stärkung der Selbsthilfegruppen, die Stärkung der Heilmittelerbringer, verpflichtende Regelungen zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und zu Medizinischen Versorgungszentren vor.



Verbesserungen für kleine und mittlere Betriebe

Im Rahmen der Diskussion um die Änderung des Lebens- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB) hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag deutliche Verbesserungen für die Betriebe erreicht.

Mit der Vorschrift des § 40 Abs. 1a im LFGB werden die Behörden verpflichtet, Verstöße gegen Hygienevorschriften oder den Täuschungsschutz zu veröffentlichen, wenn ein Bußgeld von mindestens 350 Euro zu erwarten ist.

Das Bundesverfassungsgericht entschied am 21. März 2018, dass diese Veröffentlichungen nur verfassungsgemäß sind, wenn gesetzlich geregelte Lösungsfristen eingeführt werden. Deshalb war eine Änderung notwendig geworden.



Lösungsfrist wird eingeführt

Am 14. März 2019 wurde nun eine Lösungsfrist von 6 Monaten eingeführt. Dies ist deutlich kürzer, als es im Vorfeld von vielen gefordert wurde. Hier standen Forderungen von 12 bis gar 24 Monaten im Raum.

Außerdem erfolgten auf Initiative der Koalitionsfraktionen weitere Änderungen am LFGB. So wird klargestellt, dass eine Veröffentlichung künftig auf gesundheitsrelevante Verstöße beschränkt wird. Damit sind Veröffentlichungen wegen baulicher Mängel oder wegen Dokumentationsmängel nicht mehr möglich. Zudem ist der betroffene Betrieb unverzüglich öffentlich zu entlasten, wenn der Mangel abgestellt ist. Zudem wird das Gebot der Doppelbeprobung (Beauftragung zweier unterschiedlicher Labore) abgeschafft.



Blaskapelle Pfraunfeld zu Besuch in Berlin



Während ihres dreitägigen Aufenthalts in Berlin erhielten die 47 Teilnehmer facettenreiche Eindrücke der Bundeshauptstadt. Neben einer Führung durch das Berliner Olympiastadion standen der Besuch einer Plenarsitzung und eine Führung durch die Liegenschaften des Bundestags sowie der Besuch des Schlosses Sanssouci auf dem Programm. Zu guter Letzt ließen es sich die Pfraunfelder nicht nehmen, ihrem Schirmherrn Artur Auernhammer und der Bundeshauptstadt, einen musikalischen Gruß aus ihrer mittelfränkischen Heimat zu überbringen. Sie gaben vor dem Eingang des Reichstages ein Standkonzert.



Foto von links nach rechts: CSU-OV Friedrich Kolb, Manuel Westphal, MdL, Prof. Dr.-Ing. Ralph Pütz, Artur Auernhammer, MdB und BWK-Geschäftsführer Henrik Ochsenkühn.
Foto: Büro Westphal

Diesel - Diskussionsabend in Gunzenhausen

Am Montag, 25.03 fand mit dem CSU-Kreisverband Weißenburg-Gunzenhausen eine Veranstaltung zum Thema „Hat der Diesel eine Zukunft? Totgesagte leben Länger?!“ statt.

Referent Prof. Dr.-Ing. Ralph Pütz stieß mit klaren Worten zu einer lebhaften Debatte an. Klar wurde dabei auch, dass man bei der Diskussion über die unterschiedlichen Antriebsarten immer einen systembezogenen Ansatz wählen muss und die Kraftstoffvorkette, Fahrzeugproduktion, Fahrbetrieb und Instandhaltung bewerten muss. Daraus folgt, dass erst mittelfristig die alternativen Optionen der Elektromobilität das ökologische Niveau der etablierten Antriebsoptionen mit Verbrennungsmotor erreichen. Der Diesel wird daher auch weiterhin ein wesentlicher Bestandteil unserer Mobilität sein.

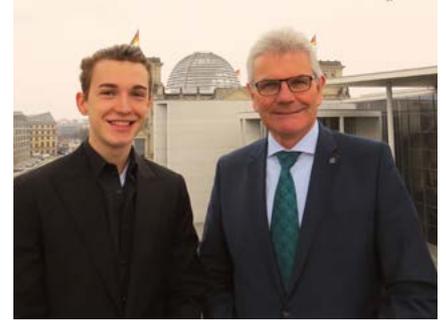
Baukindergeld kommt gut im Wahlkreis an!

**5,4 Mio Euro
für 254 Familien
im Wahlkreis!**



Einblick in Berliner Alltag

Der Jura-Student Valentin Huber aus Dinkelsbühl absolvierte ein zweiwöchiges Praktikum im Berliner Büro von MdB Artur Auernhammer.



Er unterstützte in dieser Zeit den Abgeordneten und sein Team bei den Arbeitsabläufen während der Sitzungswochen, indem er den Postlauf kontrollierte, Schriftmaterial aufbereitete und Redemanuskripte anfertigte.



Tolle Nachrichten von der KfW Bankengruppe: Im Bundeswahlkreis Ansbach profitierten 2018 insgesamt 254 Familien vom neuen Baukindergeld der Bundesregierung. Die Förderhöhe im Landkreis Ansbach beträgt 3,4 Millionen Euro, in der Stadt Ansbach 0,4 Millionen Euro und im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen 1,6 Millionen Euro. „Damit haben wir ein zentrales Wahlversprechen eingelöst“, freut sich Artur Auernhammer.

Gemeindebesuch Markt Weiltingen

Bei einem Gemeindebesuch konnte sich Artur Auernhammer einen Eindruck über die Marktgemeinde Weiltingen machen. Nach einem Gespräch mit Bürgermeister Christoph Schmidt und Gemeinderäten wurde gemeinsam die Metzgerei Kirchdörfer besichtigt. Die Metzgerei, zertifizierter EU-Betrieb, schlachtet noch selbst und kauft kein Fleisch zu. Alle Tiere stammen aus der unmittelbaren Umgebung, mit maximal 12 Minuten Transportzeit. Artur Auernhammer zeigte sich begeistert, dass es in der Region Unternehmer wie die Familie Kirchdörfer gibt, denen Regionalität ein Anliegen ist und die ihren Betrieb stetig weiterentwickeln.



Gemeindebesuch Neuendettelsau

Bei einem Gemeindebesuch in Neuendettelsau bekam MdB Artur Auernhammer von Bürgermeister Gerhard Korn eine Führung durch das teilweise renovierte und erweiterte Rathaus. Im Anschluss stand ein gemeinsamer Besuch der ortsansässige Firma Phytobiotics/Sensopower, ein global führendes Unternehmen für leistungsfördernde, natürliche und pflanzliche Futterstoffe, auf dem Programm. Mit eigenen Niederlassungen und einem umfangreichen Vertriebsnetz ist die Firma in etwa 80 Ländern weltweit vertreten.



Einweihung von Kloster Heidenheim

Ganze 15 Jahre dauerte die Umsetzung des Projekts unter dem selbst gewählten Motto „neues Leben in alte Mauern“, bei dem ein Teil des ehemaligen Klosters Heidenheim renoviert wurde. Eine große Festgemeinde nahm an dem Eröffnungsgottesdienst in der Klosterkirche teil. Artur Auernhammer oblag an seinem Geburtstag die Ehre, bei der anschließenden feierlichen Eröffnung des sanierten Westflügels die Klostertüre aufzuschließen. Nun muss das Ganze noch mit Leben gefüllt werden, und ein zweiter Bauabschnitt wartet auf seine Verwirklichung.





Besuch in Treuchtlingen



Auch ein Besuch der Altmühltherme stand auf dem Programm.

Im Rahmen der Besuche der Kommunen im Wahlkreis 241 hat Artur Auernhammer die Stadt Treuchtlingen besucht.

Neben Bürgermeister Werner Baum waren auch Vertreter der Fraktionen, der Stadtverwaltung und der Stadtwerke anwesend.

Nach einer kurzen Präsentation ging es weiter zur Altmühltherme. Dort machte sich Artur Auernhammer einen Eindruck über den 2. Bauabschnitt. Durch einen Stadtrundgang hat Artur Auernhammer einen Einblick in die Sanierung der Innenstadt, z.B. den Partnerschafts- oder Wallmüllerplatz, der mit 80% von der Städtebauförderung bezuschusst wurde, gewonnen. Nach einem abschließenden Gespräch im Rathaus konnte Artur Auernhammer mitnehmen, dass die Förderung der Innenstadtentwicklung, die Neuerschließung und die Beseitigung von Altlasten für den ländlichen Raum von großer Bedeutung sind.

Gemeindebesuch Sachsen b. Ansbach



MdB Artur Auernhammer sprach bei einem Besuch in Sachsen b. Ansbach mit dem 1. Bürgermeister Hilmar Müller über aktuelle Themen der Gemeinde. Anschließend besuchte er zusammen mit Bürgermeister Müller, dem CSU Ortsvorsitzenden Bernd Meyer sowie zahlreichen Mitgliedern des Ortsverbandes die Firma Croner. Das Unternehmen, mit aktuell 28 Mitarbeitern und 5 Auszubildenden ist spezialisiert auf die Fertigung von Präzisionsformen im Automobilbereich.

Ausbildungsmesse Kernfranken in Heilsbronn

Bei einem Messerundgang zusammen mit Landrat Dr. Jürgen Ludwig sowie den Bürgermeistern der Kommunalen Allianz Kernfranken zeigte sich MdB Artur Auernhammer beeindruckt von der Vielfalt der Ausbildungsmöglichkeiten in der Region.

Die Investition in Ausbildung ist die beste Investition in die Zukunft.



Josefi-Frühsschoppen in Bechhofen

Am 24.03.19 besuchte Artur Auernhammer den bereits traditionellen Josefi-Frühsschoppen des CSU Ortsverbandes Bechhofen.

Diesjähriger Ehrengast war der Bayerische Staatsminister für Finanzen und Heimat, Albert Füracker. In einer eindrucksvollen Rede beschrieb er die Herausforderungen der aktuellen Politik.

So erreichen Sie mich in Berlin:

Deutscher Bundestag
Artur Auernhammer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030.227-78797
Artur.Auernhammer@bundestag.de

www.artur-auernhammer.de

Mehr unter  

Aktuelle Publikation im Download

Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung

CDU/CSU Fraktion im deutschen Bundestag

Bestellservice des Deutschen Bundestag



*Frohe Ostern wünscht
Artur Auernhammer
und sein Team*